

Redebeitrag auf der Fahrraddemo: "Ihr seid keine Sicherheit", 8. Mai 2022. Turmstraße.

Ein politischer Player

Die Abteilung "Staatschutz" bei der Berliner Staatsanwaltschaft  
Redebeitrag vom Berliner Bündnis gegen Rechts (BbgR)

Wie bei der Polizei gibt es auch bei der Justiz Sondereinheiten, die Straftaten mit politischem Hintergrund verfolgen. Die Spezialabteilung mit dem Label "Staatschutz" ist irgendwo zwischen "Gewaltdelikten" und "Friedensstörung" angesiedelt. Die Staatsanwaltschaft führt Ermittlungen und klagt vor Gericht an. Wie tief die Ermittlungen gehen, wieviel Aufwand betrieben wird und was angeklagt oder was nicht weiter verfolgt wird, liegt bei der Staatsanwaltschaft und nicht der Polizei. Deshalb ist die Kritik an diesen Anwält\*innen des Staates auch dringend geboten.

Wir wundern uns oft über den Verfolgungseifer der Berliner Polizei. Dabei steht dahinter immer die Staatsanwaltschaft, die zu einem eigenen Player zur Unterdrückung missliebiger politischer Strömungen geworden ist. Dabei orientiert sie sich nicht nur an den Wünschen der Polizei, sondern auch an den politischen Trends.

Ein Beispiel: Wir erinnern uns an den rasanten Aufstieg der Berliner AfD. Sie hatte es nicht leicht, weil sich vor allem auf der Straße gegen diese Partei und ihre Stände gewehrt wurde. Um diesem erfolgreichen Trend des antifaschistischen Straßenwahlkampfes ein Ende zu setzen, wurden selbst Lapalien gegen die AfD streng verfolgt. Nachdem im Wahlkampf 2017 ein Infostand in Charlottenburg umgekippt war, ordnete Staatsanwalt Fenner an gegen die in der Nähe kontrollierten Antifaschist\*innen wegen des Verdachts auf Gründung einer kriminellen Vereinigung zu ermitteln. Zwei Jahre wurde ermittelt. Angeklagt wurde bis heute niemand. 40 Leute lebten über Jahre im Ungewissen, mussten eine Horde Anwält\*innen beschäftigen, konnten Behörden nicht betreten, verloren Jobangebote und wurden an Flughäfen rausgezogen.

Ein weiteres Beispiel: Als vor zwei Jahren das Berliner Versammlungsgesetz geändert wurde, protestierte die Staatsanwaltschaft auf ihre Weise. Erstmals wurden Sitzblockaden gegen christlichen Fundamentalist\*innen oder gegen Naziaufmärsche als Nötigung klassifiziert und angeklagt. Die Gerichte spielten nur teilweise mit und konterten mit Einstellungen gegen Auflagen. Aber der Grundstein war gelegt, nun auch die niedrigschwellige Aktionsform Sitzblockade zu kriminalisieren.

Zunächst erschien die Repression gegen 120 Genoss:innen vom WhattheFuck-Bündnis wie eine einmalige Eskalation der Justiz. Aber daraus wurde mehr. Am 3. Oktober 2020 blockierten wir, das Berliner Bündnis gegen Rechts, gemeinsam mit verschiedenen Gruppen und Einzelpersonen den Aufmarsch der Nazi-Partei "III. Weg", in Wartenberg. Durch zivilen Ungehorsam wurden die Nazis daran gehindert, ihre rassistischen, antisemitischen und generell menschenverachtenden Inhalte unwidersprochen zu verbreiten. Die Polizei beantwortete den antifaschistischen Gegenprotest mit massiven Prügelattacken und boxte den Nazis den Weg frei. Erst letzte Woche standen wir einem verletzten - und dennoch selbst Angeklagten - Genossen hier beiseite. Und wieder waren Sitzblockier\*innen im Repressionsregen. Wieder hagelte es den Vorwurf der Nötigung. Und vollkommen willkürliche Vorwürfe, gegen den Infektionsschutz verstoßen zu haben. Mit diesen

Vorwürfen soll antifaschistischer Protest teurer und unangenehmer werden – damit er letztlich unterbleibt oder lediglich gewollte – wirkungslose! – Formen annimmt!

Und bevor wir zum Ende kommen, soll es auch persönlich werden. Es sind nicht nur die Strukturen und politischen Stimmungen, die die Staatsanwaltschaft zum Problem machen - es sind auch die Staatsanwält:innen selbst. Die beiden Staatsanwälte Matthias Fenner und Uwe Storm, die vor einiger Zeit wegen Befangenheit im Neukölln-Komplex in andere Abteilungen versetzt wurden, haben die politische Staatsanwaltschaft mehr als 10 Jahre lang geprägt. Besonders Matthias Fenner als Leiter der Abteilung hat persönlich dafür gesorgt, dass Neonazis nichts zu befürchten haben, dass gewalttätige, rassistische und rechte Polizist:innen ungestört weiter ihr Unwesen treiben können, und dass stattdessen Linke und Antifaschist:innen mit der ganzen Härte des Rechtsstaats untergebuttert werden.

Das ist politische Justiz, wie sie leibt und lebt. Denn wir wissen genau, was sie damit erreichen wollen. Unser politischer Protest soll entpolitisiert werden. Menschen sollen abgeschreckt werden, sich erneut couragiert gegen Fundamentalist:innen, Nazis oder andere reaktionäre Zeitgeister zu wehren.

Deshalb:  
Antifaschistisches Augenmerk auf Staatsanwaltschaften.  
Abschaffung aller Sondereinheiten in Polizei und Justiz!  
Kein Fußbreit den Faschist\*innen!

Folgt uns auf Twitter/Insta usw.  
Alles auf [berlingegenrechts.de](http://berlingegenrechts.de)